

Forst, den 23.02.2026

„Nachhaltigkeit als Maßstab in unsicheren Zeiten. Vertrauen als Auftrag“

Stellungnahme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat Forst (Baden) zum Haushalt 2026

Sehr geehrte Forster Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Böser,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Ratsfrauen und Ratsherren,
sehr geehrter Herr Weismann von der BNN,

wir stehen heute am Ende der Haushaltsberatungen und vor der Beschlussfassung über den Haushalt 2026. Dieser Moment ist mehr als ein formaler Akt. Mit diesem Haushalt entscheiden wir darüber, wie wir mit den Ressourcen umgehen, die uns anvertraut sind - finanziell, sozial, ökologisch und politisch. Und wir entscheiden darüber, wie wir Verantwortung wahrnehmen, nicht nur für das laufende Jahr, sondern für die Jahre danach.

Gerade in einer Zeit, in der sich politische Debatten zuspitzen, Gewissheiten brüchiger werden und Vertrauen in staatliches Handeln keine Selbstverständlichkeit mehr ist, kommt der kommunalen Ebene eine besondere Bedeutung zu. Denn hier wird Politik konkret. Hier wird sie sichtbar. Und hier zeigt sich, ob Entscheidungen nachvollziehbar sind und ob Vertrauen entstehen kann.

Deshalb möchte ich diese Rede bewusst nicht als Krisenrede halten. Wir starten heute nicht in ein Jahr des Stillstands, sondern in ein Arbeitsjahr. In ein Jahr, das wir als Neubeginn verstehen. Mit einem neuen Bürgermeister haben wir nun die Chance, gemeinschaftlich an Themen zu arbeiten, die in den vergangenen Jahren aus sehr unterschiedlichen Gründen nicht den Raum bekommen haben, den sie eigentlich gebraucht hätten.

Nachhaltigkeit als Leitmotiv. Kontinuität und neue Rahmenbedingungen

Nachhaltigkeit ist für uns kein neues Ziel, das wir uns in diesem Jahr erstmals setzen. Sie war auch in den vergangenen Jahren ein zentraler Maßstab für unsere Entscheidungen - im Umgang mit Finanzen, mit Infrastruktur, mit Bildung und mit sozialen Fragen. Immer wieder haben wir versucht, Entscheidungen so zu treffen, dass sie langfristig tragfähig sind.

Der Unterschied im Jahr 2026 liegt deshalb nicht im Anspruch, sondern in den Rahmenbedingungen. Die vergangenen Jahre waren geprägt von außergewöhnlichen Krisen, von Unsicherheiten, von personellen Veränderungen und von einer hohen Notwendigkeit, kurzfristig reagieren zu müssen. Vieles musste parallel bewältigt werden. Das hat dazu geführt, dass strukturelle Fragen oft zu kurz gekommen sind.

Wenn wir in diesem Jahr besonders deutlich über Nachhaltigkeit sprechen, dann tun wir das nicht, um die Vergangenheit abzuwerten, sondern um unsere Linie fortzuführen. Wir bündeln unsere Erfahrungen, wir benennen Defizite offen und wir nutzen die aktuelle Konstellation, um Themen konsequenter anzugehen. Nachhaltigkeit bedeutet in diesem Sinne auch, innezuhalten, zu reflektieren und dann bewusst den nächsten Schritt zu gehen.

Finanzplanung und Steuerung. Struktur statt Stückwerk

Der Haushalt 2026 ist wieder kein einfacher Haushalt. Der Ergebnishaushalt ist weiterhin strukturell defizitär.

Konkret weist unser Haushalt ordentliche Erträge in Höhe von rund 24,2 Mio. Euro aus. Dem stehen ordentliche Aufwendungen von rund 28,6 Mio. Euro gegenüber. **Das geplante ordentliche Ergebnis liegt damit bei rund minus 4,4 Mio. Euro.**

Diese Zahlen nehmen wir ernst. Aber wir dramatisieren sie nicht. Haushaltsverantwortung bedeutet nicht, sich an Defiziten festzubeißen, sondern Wege zu finden, diese Schritt für Schritt zu reduzieren.

Ein zentrales Thema ist dabei die Planung. Die vergangenen Jahre waren oft geprägt von Unsicherheiten und von kurzfristigem Reagieren. Das war häufig notwendig. **Nachhaltigkeit bedeutet aber auch, sich nicht dauerhaft im Reagieren einzurichten.** Was planbar ist, muss auch geplant werden – strukturiert und nachvollziehbar.

Wir arbeiten nun seit 2020 mit der Doppik. Inzwischen sind wir im Jahr 2026 und können uns nicht dauerhaft darauf zurückziehen, dass dieses System neu für uns ist. Wir planen unseren aktuellen Haushalt auf Basis vorläufiger Ergebnisse und haben noch immer keine Eröffnungsbilanz. Das bedeutet, dass uns bis heute eine vollständige und geprüfte Übersicht über unser Vermögen und unsere Verbindlichkeiten fehlt.

Auf dieser unsicheren Datengrundlage planen wir zudem mit vielen pauschalen Ansätzen für Unvorhergesehenes, ohne systematisch auszuwerten, welche davon in den vergangenen Jahren tatsächlich in welchem Umfang gebraucht wurden.

Seit mehreren Jahren fallen unsere tatsächlichen Jahresergebnisse deutlich besser aus als ursprünglich geplant. Das wirkt auf den ersten Blick beruhigend, ist aber kein Ausdruck aktiver Steuerung.

Wenn sich das Ergebnis eines Haushaltsjahres verbessert, **liegt das zum einen** häufig an höheren Einnahmen aus bspw. Einkommensteueranteilen oder Zuweisungen - an Faktoren also,

die wir selbst nicht aktiv beeinflussen. **Zum anderen** verschieben wir immer wieder Maßnahmen, die strukturell notwendig sind in Folgehaushalte. Das entlastet zwar kurzfristig unseren laufenden Haushalt, erhöht aber weiter das Risiko eines Investitionsstaus.

Diese Entwicklung zeigt, dass wir anders planen und steuern müssen. **Genau hier setzt die Haushaltsstrukturkommission an.** Wir sind ausdrücklich froh, dass wir sie nun wieder ins Leben gerufen haben und, dass wir uns bereits in einer ersten Sitzung auf gemeinsame Prioritäten verständigt haben. Ein Instrument, das wir in diesem Zusammenhang erstmals nutzen, sind globale Minderausgaben. Für das Jahr 2026 sind hierfür 290.000 Euro eingeplant, das entspricht rund einem Prozent unserer ordentlichen Aufwendungen und damit dem rechtlich maximal zulässigen Rahmen. **Damit verpflichten wir uns strukturell zu Einsparungen in eben dieser Höhe im gesamten Haushalt.**

Doch ein pauschaler Ansatz allein reicht nicht. Globale Minderausgaben ersetzen keine differenzierte Analyse einzelner Produktbereiche. Sie sind ein Auftrag zur konkreten Arbeit. **Entscheidend ist, dass diese Einsparungen geplant entstehen und nicht zufällig. Und sie dürfen nicht zulasten notwendiger Zukunftsinvestitionen gehen.**

Deshalb liegt die eigentliche Aufgabe nun bei der Haushaltsstrukturkommission. Wir müssen die Minderausgaben produktbezogen hinterlegen, Kennzahlen entwickeln und klare Zielwerte festlegen. Nur wenn wir wissen, wo dauerhaft Entlastung möglich ist und wo nicht, wird aus einem rechnerischen Ansatz eine nachhaltige Steuerung.

Zusammenfassend bedeutet für uns Nachhaltigkeit im Haushalt drei Dinge.

Erstens: eine ehrliche strukturelle Analyse. Wir müssen klar benennen, welcher Teil unseres Defizits dauerhaft ist und wo wir mit Annahmen, Puffern oder Unsicherheiten arbeiten.

Zweitens: eine klare Priorisierung. Nicht alles kann gleichzeitig umgesetzt werden. Pflichtaufgaben und strategische Investitionen mit langfristiger Wirkung gehen vor. Alles andere muss zeitlich eingeordnet werden.

Drittens: eine Steuerung über Kennzahlen und Zielwerte. Wir müssen Zuschussbedarfe transparent machen, Entwicklungen über mehrere Jahre vergleichen und definieren, wo wir jetzt und in der Zukunft stehen wollen.

Im Kern geht es also um einen Perspektivwechsel: weg von einer überwiegend verwaltenden Betrachtung, hin zu einer bewusst gesteuerten Haushaltsführung.

Eine solche Steuerung braucht Vertrauen. Und wir wünschen uns, dass die Verwaltung darauf vertraut, mit diesem Gemeinderat verlässliche Partner an ihrer Seite zu haben. Dass sie bei unvorhergesehenen, aber notwendigen Entwicklungen nicht jede Entscheidung neu rechtfertigen muss.

Eine solche Haltung endet nicht bei uns im Gemeinderat. Nachhaltige Steuerung und gegenseitiges Vertrauen gelten auf allen Ebenen - zwischen Verwaltung und Gemeinderat ebenso wie zwischen Kommune, Landkreis, Land und Bund.

Strukturverantwortung über alle Ebenen hinweg

In diesem Zusammenhang ist uns eine Einordnung wichtig. Wir wollen uns bei Themen wie der Kreisumlage oder der Aufgabenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen nicht auf eine verkürzte Darstellung einlassen.

Die Kreisumlage beträgt im Jahr 2026 rund 4,8 Millionen Euro. Diese Summe belastet unseren Haushalt deutlich. Aber sie ist kein abstrakter Mittelabfluss ohne Bezug zu unserer Kommune. In ihr stecken Aufgaben, die unmittelbar in unsere Gemeinde wirken und unseren Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen. Wie beispielsweise soziale Aufgaben im Bereich Jugendhilfe und Teilhabe, Aufgaben im öffentlichen Personennahverkehr, die Unterstützung unserer Kreiskliniken in Bruchsal und Bretten und die Organisation der Abfall- künftig Kreislaufwirtschaft. Der Landkreis erfüllt damit gesetzliche Pflichtaufgaben, vor allem im sozialen Bereich. Er übernimmt aber auch Aufgaben der Daseinsvorsorge, Leistungen, die wir als einzelne Kommune weder wirtschaftlich noch organisatorisch sinnvoll allein erbringen könnten.

Gleichzeitig müssen wir klar benennen, warum die Belastung in diesem Jahr so deutlich ausfällt. **Zum einen** hat der Landkreis den Hebesatz auf 33 Prozent angehoben. **Zum anderen** sind wir eine leistungsstarke Kommune mit einer hohen Steuerkraftmesszahl. Das bedeutet: Je höher unsere eigene Steuerkraft ist, desto höher fällt auch unser Anteil an der Kreisumlage aus.

Das zeigt zweierlei. Erstens stehen wir auf der Einnahmenseite nicht grundsätzlich schlecht da. Zweitens liegt die eigentliche Herausforderung weniger in fehlenden Einnahmen als in der strukturellen Entwicklung unserer Ausgaben.

Die Kreisumlage ist für uns also ein Fixum. Wir können sie nicht einseitig verändern. Umso wichtiger ist es, dass wir die Stellschrauben dort nutzen, wo wir selbst Einfluss haben. Das betrifft unsere eigenen Ausgabenstrukturen, unsere Prioritätensetzung und die konsequente Steuerung unseres Haushalts.

Ähnlich verhält es sich mit den Aufgaben, die von Bund und Land an die Kommunen übertragen werden. Diese Debatte muss geführt werden. Gleichzeitig ist es wichtig, auch hier die andere Seite zu benennen. Der Bund hat mit dem Infrastrukturpaket ausdrücklich den Auftrag verbunden, strukturelle Investitionen anzustoßen. **Gerade das grün geführte Land Baden-Württemberg gibt zwei Drittel der Sonderinvestitionsmittel des Bundes an Städte, Gemeinden und Landkreise weiter. Das ist der höchste Anteil im Bundesvergleich.** Forst erhält im Rahmen dieses Sondervermögens rund 5,3 Millionen Euro. Diese Gelder sind dafür gedacht, nachhaltige Infrastrukturprojekte zu ermöglichen - nicht für kurzfristigen Konsum.

Genau in diesem Rahmen bewegen wir uns mit unserem Haushalt. Strukturverantwortung heißt, dass jede Ebene ihren Beitrag leistet. Der Bund schafft Spielräume, das Land gibt Mittel weiter, der Landkreis organisiert zentrale Aufgaben, und wir setzen vor Ort um.

Nachhaltigkeit entsteht dort, wo diese Ebenen zusammenspielen.

Strukturprojekte in Forst. Schritt für Schritt

Wenn wir über Struktur in unserer Gemeinde sprechen, dann bleibt das nicht abstrakt. Unser Haushalt 2026 enthält mehrere Projekte, die genau in diesen Kontext gehören. Die **Ganztagsgrundschule** ist ein solches Projekt. Sie ist keine Einzelmaßnahme, sondern eine langfristige Investition in Bildung, Betreuung und Chancengerechtigkeit. Sie verändert Strukturen dauerhaft und wirkt weit über ein Haushaltsjahr hinaus. Für die weiteren Planungen und erste Umsetzungsschritte sind im Jahr 2026 Mittel in Höhe von 600.000 Euro vorgesehen, 1.000.000 Euro im Jahr 2027.

Auch das **Sanierungsgebiet** und die Frage, wie wir unseren Ort innerörtlich weiterentwickeln wollen, gehören dazu. Es geht darum, Forst an den Leitlinien des demografischen Wandels auszurichten, Wohnraum zu schaffen, Begegnung zu ermöglichen und Quartiere so zu gestalten, dass sie für unterschiedliche Lebensphasen tragfähig bleiben. Im Sanierungsgebiet sind 2026 Auszahlungen in Höhe von 1.900.000 Euro für den Erwerb von Grundstücken und Sanierungsmaßnahmen eingeplant, denen stehen 750.000 Euro an Zuschüssen gegenüber.

Dasselbe gilt für unsere **Energiepolitik**. Der Ausbau der Photovoltaik auf kommunalen Gebäuden und das geplante Nahwärmenetz folgen einer klaren strategischen Linie. Sie dienen dem Klimaschutz, aber auch der langfristigen Kostensicherheit und der Unabhängigkeit von volatilen Energiemärkten. Für die Weiterentwicklung der Nahwärmeversorgung sind 100.000 Euro veranschlagt.

Gleichzeitig sehen wir, dass es in diesem Gesamtbild noch Lücken gibt. Eine davon ist die **Digitalisierung**. Wir sind hier noch nicht dort, wo wir sein müssten. Wichtig ist aber: Wir haben Grundlagen gelegt. Der Glasfaserausbau hat uns im vergangenen Jahr intensiv begleitet und wir planen auch in diesem Haushalt 130.000 Euro für die Breitbandversorgung in unseren Außenbereichen ein. Ein leistungsfähiges Netz ist Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Darauf aufbauend müssen wir nun Schritt für Schritt zu klaren digitalen Prozessen kommen - in der Verwaltung und in den kommunalen Angeboten insgesamt.

Strukturarbeit heißt dabei nicht, alles gleichzeitig zu tun. Sie heißt, Prioritäten zu setzen und Dinge nacheinander anzugehen. Jede Investition von heute wird morgen zu Abschreibungen und laufenden Belastungen im Ergebnishaushalt. Genau deshalb ist es nachhaltig, Projekte bewusst zu priorisieren und ihre zeitliche Umsetzung verantwortungsvoll zu steuern. Genau das ist der Ansatz dieses Haushalts.

Und wenn wir über Prioritäten sprechen, dann wird deutlich, dass Bildung und Betreuung ganz oben stehen. Denn dort entscheidet sich, wie tragfähig unsere Gemeinde in Zukunft sein wird.

Bildung, Betreuung und Generationengerechtigkeit

Nachhaltigkeit zeigt sich also besonders dort, wo wir heute in Kinder investieren. Der Haushalt 2026 enthält viele Maßnahmen für Kinder und Familien. Beispielsweise ist die Einführung der Ganztagsgrundschule, Investitionen in Betreuung und verlässliche Bildungsstrukturen Ausdruck unseres Verständnisses, dass Bildung nicht nur eine soziale, sondern auch eine demokratische Aufgabe ist.

Wer heute in Bildung investiert, investiert in Teilhabe, in Meinungsbildung und in die Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen. Bildung ist die Grundlage einer lebendigen Demokratie.

Gleichzeitig gehört zur Ehrlichkeit, dass die Kosten in der Kinderbetreuung stark gestiegen sind, insbesondere durch notwendige Tarifierhöhungen. Gute Arbeit verdient selbstredend gute Bezahlung. Aber auch hier müssen unsere kommunalen Entscheidungsprozesse transparenter werden. Der Umgang mit Kindergartengebühren beispielsweise braucht klare Grundlagen, nachvollziehbare Alternativen und ausreichend Zeit für Beteiligung der Elternvertretungen. Auch das ist Teil nachhaltiger Planung.

Generationengerechtigkeit endet dabei nicht bei Kindern. Der demografische Wandel betrifft auch unsere Kommune. Wir müssen heute Strukturen mitdenken, die ein gutes Leben im Alter ermöglichen - mit geeigneten Wohnformen, wie beispielsweise betreutem Wohnen, fußläufig erreichbaren Angeboten und sozialer Einbindung. Auch wenn sich diese Fragen nicht alle im Haushalt 2026 beantworten lassen, ist es unsere Aufgabe, sie jetzt mitzudenken.

Demokratie, Vertrauen und Ausblick

Bevor wir heute zur Beschlussfassung kommen, möchten wir ausdrücklich Danke sagen. Das vergangene Jahr war von besonderer Anspannung geprägt. Unser Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die an der Aufstellung dieses Haushalts mitgewirkt haben. Das betrifft insbesondere unseren Kämmerer Michael Veith und sein Team im Rechnungsamt, aber ebenso alle Fachämter und Amtsleitungen, die ihre Ansätze erarbeitet, Zahlen geliefert und Prioritäten begründet haben.

Ebenso danken wir unseren Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die sachliche und konstruktive Zusammenarbeit in den Beratungen. Unterschiedliche Positionen gehören zur Demokratie. Entscheidend ist, dass wir sie respektvoll und lösungsorientiert miteinander diskutieren.

Mit dem neuen Bürgermeister beginnt nun eine neue Phase. Diese wird auch bedeuten, dass wir uns konkret mit Einsparungen und strukturellen Veränderungen beschäftigen müssen. Nachhaltigkeit heißt für uns, schwierige Entscheidungen rechtzeitig zu treffen und Verantwortung nicht aufzuschieben.

Vor diesem Hintergrund verstehen wir den Haushalt 2026 nicht als Endpunkt, sondern als Ausgangspunkt für eine Phase, in der wir unsere Finanzpolitik konsequenter steuern, Prioritäten klarer setzen und strukturelle Veränderungen Schritt für Schritt umsetzen.

Zum Abschluss meiner Rede möchte ich den Blick noch einmal weiten. Mit dieser Verantwortung vor Ort und in einer Phase des Neuanfangs lohnt sich der Blick über unsere Gemeinde hinaus. Das Jahr 2026 war kaum begonnen, als weltweit Entwicklungen die Stabilität und Demokratie infrage stellten. Der Krieg in der Ukraine dauert an. In anderen Staaten werden Proteste gewaltsam unterdrückt, politische Spannungen nehmen zu. Das zeigt, wie verletzlich Freiheit und demokratische Strukturen sind.

Gerade deshalb ist es unsere Aufgabe, Demokratie vor Ort verantwortungsvoll zu gestalten und zu schützen.

Wir können froh sein, in einer Demokratie wie der unseren zu leben. Aber sie ist kein Selbstläufer. Sie bleibt nur erhalten, wenn Menschen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, sich einzubringen und Haltung zu zeigen. Unsere Arbeit hier im Gemeinderat ist Teil dieser Verantwortung. Öffentliche Gemeinderats- und Ausschusssitzungen, öffentliche Haushaltsberatungen, transparente Entscheidungen und nachvollziehbare Prioritäten sind gelebte Demokratie vor Ort.

Doch Demokratie trägt sich nicht allein durch politische Gremien. Sie lebt vom Ehrenamt, von aktiven Vereinen und von Bürgerinnen und Bürgern, die sich im Alltag für Zusammenhalt, Respekt und Gemeinsinn einsetzen. Dieses Engagement stärkt unsere Grundordnung Tag für Tag. Dafür danken wir ausdrücklich allen, die sich in unserer Gemeinde einbringen und Verantwortung übernehmen.

Demokratische Verantwortung zeigt sich aber auch an der Wahlurne. Wahlen sind der Kern politischer Mitwirkung. In Baden-Württemberg stehen am 8. März Landtagswahlen an. Wir möchten Sie deshalb ausdrücklich ermutigen, von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Auch wir übernehmen heute Verantwortung. Mit dem Haushalt 2026 legen wir die Grundlage für unser Handeln in diesem Jahr. Wir beschließen zwar keinen ausgeglichenen Haushalt, aber einen Haushalt, der unsere finanzielle Lage realistisch beschreibt und strukturelle Herausforderungen offen benennt.

Er ist kein Endpunkt, sondern ein verbindlicher Rahmen für die nächsten Schritte, die wir nun gemeinsam gehen müssen.

Nachhaltigkeit ist hierbei unser Maßstab und Vertrauen ist unser Auftrag.

Unsere Fraktion stimmt dem Haushalt für das Jahr 2026 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat Forst (Baden),

Claudia Greulich und Dr. Sybille Klenzendorf